

Eine neue Großmacht sucht nach demokratischer Legitimation

Gedanken zur Europawahl

Das Parlament der Europäischen Union, das am 26. Mai gewählt wird, unterscheidet sich grundlegend von den Parlamenten in den einzelnen Mitgliedsstaaten.

In diese Parlamente werden nach dem Verhältnis- und auch Mehrheitswahlrecht Volksvertreter entsandt, die zumindest formal Gesetze geben und die Ausführung der Gesetze durch den Staat kontrollieren.

Auf europäischer Ebene werden solche Gesetze, die hier „Verordnungen“ heißen, von der Europäischen Kommission und auch dem Rat der Europäischen Union erlassen. Sie verfassen auch Richtlinien, die von den nationalen Parlamenten in Gesetze geformt werden müssen. Das Parlament hat in diesen Verfahren lediglich ein Mitwirkungsrecht und das auch nur eingeschränkt und bei bestimmten Belangen. Auf die Außenpolitik hat es zum Beispiel gar keinerlei Einfluß, obwohl der außenpolitische Ausschuß der größte des gesamten Parlaments ist. Dort wird auch nicht fraktionell debattiert, sondern ein beauftragter Parlamentarier gleich welcher Partei trägt vor. Von einer Kontrolle der Europäischen Kommission, formell eine Art von Ministerrat, kann kaum die Rede sein. Sie beschränkt sich auf parlamentarische Anfragen und auf zahnlose Untersuchungsausschüsse. So fällt es auch nicht ins Gewicht, daß das Parlament bereits donnerstags in das Wochenende geht, damit die Abgeordneten auch genügend Zeit haben, ihre Diäten auszugeben.

Nun wäre es aber bitter Unrecht, den Beschäftigten in diesem weitgehend bonapartistischen Apparat Faulheit und Bedeutungslosigkeit zu unterstellen. Da wird viel produziert: Verordnungen und Regelungen, die oftmals bis ins feinste Detail gehen. Das geschieht nicht zum Selbstzweck, sondern soll Handel und Wirtschaft effizient machen. Das reicht vom Krümmungsgrad der Banane, der Geradlinigkeit von Gurken, die Schalenhärte der Äpfel bis zur Farbgebung von Blinkern für Motorräder. Das alles dient der Effizienz von Handel und Verpackung und ist zudem ein Riesengeschäft, wenn neue Staaten der EU beitreten und das alles neu ordnen müssen. Diese immense Arbeit wird vor allem von Beamten geleistet, die aber auf die direkte Unterstützung durch die interessierten Wirtschaftsverbände zählen dürfen. Bisweilen nehmen die Lobbyisten den Beamten und Parlamentariern auch gleich die ganze Arbeit ab. In keinem Parlament ist die Käuflichkeit von Politik so offensichtlich wie bei der EU. Während die sogenannte Regulierungswut bei Obst und Gemüse ein dankbares Thema für Komiker ist, wird es bei den Rüstungsvorhaben und Bankgeschäften brandgefährlich. Die

Zusammenarbeit unter der Rüstungskonzernen ebnet den Weg zur deutschen Verfügung über Atomwaffen. Das war bereits 1952 das Ziel, als vor einer Europäischen

Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) die Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) angestrebt wurde, bezeichnenderweise schon damals mit Frankreich als treibender Kraft. Kerngedanke war bereits damals die Bildung einer europäischen Armee.

Inzwischen hat sich eine neue Ordnung in Europa herausgebildet, die längst aufgebene Ziele realisierbar werden läßt. In der Geburtsstunde der europäischen Nachkriegsordnung, am 9. Mai 1945, stellte der damalige Generalsekretär der KPdSU, Josef Stalin, in einer Rundfunkansprache fest: „Vor drei Jahren verkündete Hitler dem Volk, daß es seine Aufgabe sei, die Sowjetmacht zu zerstückeln und von ihr den Kaukasus, die Ukraine, Weißrußland, das Baltikum und andere Gebiete abzutrennen. Er sagte gerade heraus, sie solle so vernichtet werden, daß sie sich nie wieder erheben kann.“ Dies wurde erst 40 Jahre später kurz vor der Jahrtausendwende unter der Ägide der anstelle der EVG gegründeten NATO erreicht. Die Ausgestaltung des postsozialistischen Europas übernimmt heute die Europäische Union unter deutscher Führung. Der Appetit wird größer: Afrika, Asien und die Pazifik-Region rücken ins Visier.

Die Wahl zum Europäischen Parlament gibt diesen Zielen eine scheindemokratische Legitimation. Die EU ist weder demokratisch verfaßt noch friedliebend. Kandidaten, die dies behaupten, sind keine ehrlichen Makler, was vor dem Gang zur Wahlurne bedacht werden sollte. Der Gang zur Wahlurne lohnt allein schon deshalb, weil die Kommunisten und Linke eine reale Chance haben, hier Stimme und Gewicht zu bekommen. Sie werden wie in dem Beitrag von Andreas Peter (Link) die Brandherde öffentlich machen, die unter dem Mantel der Scheindebatten und dem Wust verklausulierter Papiere glimmen.